



## Anfrage

<b>Vorlage-Nr.:</b>	AF/0103/2012		<b>Datum:</b>	12.09.2012			
<b>Verfasser:</b>	05-FDP-Ratsfraktion	<b>Az:</b>					
<b>Gremienweg:</b>							
27.09.2012	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitlich	<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis	<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt	<input type="checkbox"/>	geändert
		<input type="checkbox"/>	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	öffentlich						
<b>Betreff:</b>	<b>Anfrage der FDP-Fraktion zum Datenhandel aus dem Melderegister</b>						

Laut einer Meldung in Spiegel Online am 07.09.2012 haben 28 untersuchte Städte im Jahr 2011 mehr als 4,5 Millionen Datensätze ihrer Einwohner weitergegeben. Im deutschen Melderechtsrahmengesetz steht, dass die Meldeämter Adressen und Namen ganz ohne Zustimmung der betroffenen Bürger an Unternehmen verkaufen dürfen. Informationen über Vor- und Familiennamen, Doktorgrad und Anschrift dürfen die Melderegister an Firmen und Privatpersonen herausgeben. Bürger können nur in einigen bestimmten Fällen widersprechen.

In diesem Zusammenhang fragt die FDP-Fraktion an:

1. Werden in Koblenz ebenfalls Daten der Bürger verkauft?
2. Wenn ja, werden diese Auskünfte statistisch erfasst, und an welche Stellen werden diese Auskünfte weitergereicht z. B. an Firmen oder Behörden oder GEZ?
3. Wie hoch sind die Einkünfte aus dem Verkauf dieser Daten?
4. Wie viele Datensätze gehen an Firmen?